



America First - Trumps Schwerpunkte für die zweite Amtszeit

Eine Zusammenfassung der ersten von US-Präsident Donald Trump ergriffenen politische Maßnahmen.

Die von Trump veröffentlichten Schwerpunkte für seine begonnene zweite Amtszeit beziehen sich auf die Themen Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und Deregulierung inkl. einem Ende der DIE-Bestrebungen (Diversity, Equity, Inclusion). Mit dem Leitprinzip „America First“ zielt er sehr auf das amerikanische Selbstbewusstsein ab. In der Handelspolitik führt Trump den in seiner ersten Amtszeit eingeschlagenen (und von Biden fortgeführten) protektionistischen Kurs konsequent fort.

1 Wirtschaft

Im Bereich Wirtschaft spielt das Thema Energie die größte Rolle (Entfesselung des Energiesektors, Aufhebung aller belastenden Regulierung für Energie-Gewinnung und -Verbrauch, Ende von Windparks, Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, Ausrufen des Energie-Notstands). Mit diesen Maßnahmen soll der Konsum von „Autos, Duschen, Toiletten, Waschmaschinen, Glühbirnen und Geschirrspüler“ angekurbelt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt wird Künstliche Intelligenz sein. Zusammen mit Oracle, Softbank und OpenAI verkündete Trump die "Stargate"-Allianz für KI. Das Gemeinschaftsunternehmen soll in den kommenden Jahren 500 Milliarden US-Dollar investieren und 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Außerdem nahm er mit einem Dekret die von seinem Vorgänger Joe Biden eingeführte Regulierung für KI-Entwicklung zurück.

Konkrete Steuerpläne nennt er bisher nicht, nur dass sich die USA bei der Steuerpolitik „nicht mehr länger an ausländische Organisationen binden lassen werden“. Davon zeugt der Rückzug aus dem Global Tax Deal der OECD, mit dem eine globale Mindestkörperschaftssteuer angestrebt wurde.

2 Handelspolitik

Als eine seiner ersten Amtshandlungen veröffentlichte Präsident Donald Trump ein Memo über die „America First“-Handelspolitik. Mit dem Memo veranlasst Trump eine umfassende Überprüfung und Neuausrichtung der US-Handelspolitik mit dem Ziel, amerikanische Interessen in den Vordergrund zu stellen, die heimische Wirtschaft zu stärken und die



nationale Sicherheit zu verbessern. Mit den eingeleiteten Untersuchungen schafft er rechtlich den Boden für Zölle und andere Maßnahmen.

Hauptthemen und wichtigste Ideen sind:

- **America First als Leitprinzip:** Priorisiert werden Vorteile für „amerikanische Arbeiter, verarbeitendes Gewerbe, Landwirte, Viehzüchter, Unternehmer und Unternehmen“ sowie die nationale Sicherheit.
- **Bekämpfung unfairer Handelspraktiken und des US-Handelsdefizits:** Trump leitet umfassende Untersuchungen zu den Ursachen und Risiken der anhaltenden amerikanischen Defizite im Güterhandel ein. Es werden Maßnahmen wie globale Zusatzzölle in Erwägung gezogen, um diese Defizite zu beheben. Die Einrichtung eines „External Revenue Service“ (ERS) zur Erhebung von Zöllen und anderen Handelssteuern wird geprüft.
- **Überprüfung bestehender Handelsabkommen:** Das USMCA (United States-Mexico-Canada Agreement) wird vor der geplanten Überprüfung im Juli 2026 einer öffentlichen Konsultation unterzogen. Die Auswirkungen des Abkommens werden bewertet. Bestehende Handelsabkommen werden überprüft und gegebenenfalls angepasst, um „gegenseitig vorteilhafte Zugeständnisse“ zu erreichen. Es sollen Länder für den Abschluss bilateraler oder sektoraler Abkommen identifiziert werden, um den Marktzugang für US-Unternehmen zu verbessern.
- **Umgang mit Währungsmanipulation:** Die Währungspolitik wichtiger Handelspartner wird auf mögliche Manipulationen oder Fehlentscheidungen überprüft, die für die USA einen unfairen Wettbewerbsnachteil bedeuten.
- **Schutz der heimischen Industrie:** Die Anwendung von Antidumping- und Ausgleichszollgesetzen wird überprüft und gegebenenfalls angepasst, um besser auf Subventionen und andere Praktiken zu reagieren. Die de minimis-Regelung (Zollfreiheit für Waren unter 800 USD) wird auf Missbrauch und negative Auswirkungen auf Staatseinnahmen und die öffentliche Gesundheit hin untersucht. Es wird die Einhaltung von „Buy American“-Vorschriften bei öffentlichen Aufträgen sichergestellt.
- **Beziehung zu China:** Das Handelsabkommen mit China wird überprüft, um die Einhaltung durch die VR China zu gewährleisten. Es werden zusätzliche Zölle oder andere Maßnahmen gegen Chinas Praktiken in Bezug auf Technologietransfer, geistiges Eigentum und Innovation in Erwägung gezogen. Mögliche Änderungen der „Permanent Normal Trade Relations“ mit China werden geprüft.
- **Wirtschaftliche Sicherheit und nationale Sicherheit:** Die industrielle Fertigungsbasis der USA wird auf potenzielle Gefahren für die nationale Sicherheit untersucht. Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Importanpassung bei Stahl und Aluminium wird bewertet. Das Exportkontrollsystem wird überprüft und angepasst, um den Transfer strategischer Güter an Rivalen zu verhindern. Die Auswirkungen ausländischer Investitionen in kritische Technologien und Produkte werden untersucht.



- **Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Drogenhandel und illegaler Migration:** Illegale Migration und Fentanyl-Ströme aus verschiedenen Ländern werden geprüft und geeignete Handels- und Sicherheitsmaßnahmen werden empfohlen.

Nach dem Wahlkampf hat sich Präsident Trump nicht mehr konkreter zu globalen Zöllen geäußert. Der EU warf er jedoch erneut das Handelsdefizit vor und sagte, die Europäische Union würde keine amerikanischen Autos und Landwirtschaftsprodukte kaufen. Flächendeckende Zölle dürften rechtlich schwierig um- und durchsetzbar sein. Relativ schnell könnte Trump die bis 31.12.2025 ausgesetzten 232-Zölle auf Stahl und Aluminium aus der EU wieder einführen. Auch Zölle auf deutsche und europäische Autoexporte in die USA könnten wieder drohen. Sein erster Fokus gilt aber Kanada, Mexiko und China. Nach der Amtseinführung wiederholte Trump seine Drohung für Zölle gegen Mexiko und Kanada in Höhe von 25 Prozent und setzte den 01.02.2025 als Ultimatum. Für Importe aus China erwägt er ab 01.02.2025 Zusatzzölle in Höhe von 10 Prozent (im Gegensatz zu den angekündigten 60 Prozent). Damit will er einen Hebel gegen die Fentanyl-Importe erzeugen.

Unter Biden wurde das US-Exportkontrollrecht in den letzten Wochen mehrmals verschärft. Parteiübergreifend besteht Konsens über die Verknüpfung von wirtschaftlicher Sicherheit mit nationaler Sicherheit. Diese werde von China gefährdet. Daher müssen Deutschland und die EU mit steigendem Druck aus den USA rechnen, einen harten Kurs gegen China zu verfolgen.

3 Sicherheit

In der Sicherheitspolitik kündigt er u.a. den Mauerbau zu Mexiko an, das Ende des Asylrechts für illegale Einwanderer und das Ende des Baus von Flüchtlingsunterkünften. Das Militär, u.a. die Nationalgarde, soll zum Grenzschutz herangezogen werden. Außerdem will er versuchen, die Todesstrafe wieder einzuführen für „grausame Verbrechen“, u.a. für die Tötung von Polizeikräften und für illegale Einwanderer, die amerikanische Staatsbürger „verstümmeln oder ermorden“.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

eva.apfel@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410

christoph.kolle@vbw.com

www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.